

Geplanter Kaliabbau

Streit um neue Halde

(lv) Giesen. In Giesen werden die kritischen Stimmen zum geplanten zweiten Kaliberg lauter. Die Grünen wollen ihn gar nicht oder deutlich kleiner haben. Sie sehen sich darin auf einer Seite mit Giesens Bürgermeister Andreas Lücke (CDU) – und kritisieren die Position der SPD, die sich klar zum Kaliwerk bekennt. Auf Landesebene gibt es einen ähnlich gelagerten Konflikt. Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) will ein Haldenverbot prüfen lassen, Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) hofft auf die K+S-Investition. Seite 14



Bei einer Grubenfahrt bringt Joachim Lodzig (Projektleiter Bergbau, Mitte) unter anderem den Bundestagsabgeordneten und Giesener SPD-Vorsitzenden Bernd Westphal (links) auf den neuesten Stand. Foto: Veit

Siegfried Giesen: Widerstand gegen den Kali-Berg

Grüne wollen gegen neue Halde angehen

(lv) Giesen. Die geplante zweite Halde, die bei einer Wiederaufnahme des Kaliabbaus in Giesen entstehen soll, stößt immer mehr auf Kritik. Wie berichtet, hält das Unternehmen Kali und Salz (K+S) diese für unverzichtbar. Die neue Halde soll in der Fläche noch größer als die bestehende werden und westlich der Schachtstraße entstehen. Sie soll laut K+S in einem flach ansteigenden Winkel schrittweise bis zu einer Gesamthöhe von 50 bis 70 Metern anwachsen und zeitnah begrünt werden.

„Wenn schon unbedingt wieder Bergbau in Giesen betrieben werden muss, dann sollte bis zum Abschluss des bergrechtlichen Planfeststellungsverfahrens auch versucht werden, eine weitere Verhaldung zu verhindern“, fordert jetzt Lars Hampel, Fraktionsvorsitzender der Giesener Grünen. Seine Fraktion stelle sich damit an die Seite des Gemeindebürgermeisters Andreas Lücke (CDU), der Mitte November in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung damit zitiert worden war, er wolle einen zweiten Kaliberg verhindern.

Auf Unverständnis trifft bei Lars Hampel hingegen, dass der Giesener SPD-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Bernd Westphal sowie der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Meyer in einem kurz vor Weihnachten in der Gemeinde Giesen verteilten Rundschreiben fordern, dass der Gemeindebürgermeister seine Posi-

tion gegen die Halde aufgeben solle, um die Investitionsentscheidung von K+S nicht zu gefährden. In dem Flugblatt heißt es: „Wir haben uns bei der Kommunalwahl 2011 klar für das Projekt positioniert. Dass dabei eine neue Halde notwendig ist, war allen Beteiligten von Anfang an klar“, erklärt der SPD-Vorsitzende Bernd Westphal. „In der jetzigen Phase der Unternehmensentscheidung darf die Politik nicht wackeln“, bekräftigt der Fraktionsvorsitzende und stellvertretende Gemeindebürgermeister Helmut Meyer. Im SPD-Programm heißt es allerdings auch: „Die unvermeidlichen ökologischen Auswirkungen des Bergbaus müssen mit der neuesten zur Verfügung stehenden Technologie begrenzt werden.“

Den Grünen reicht das offenbar nicht aus: „Es ist schon etwas merkwürdig, dass die SPD Giesen bereits vor beziehungsweise am Beginn des bergrechtlichen Planfeststellungsverfahrens weiß, dass es einer zweiten Halde in der von K+S vorgesehenen Größe bedarf“, wundert sich Hampel. Eine entsprechende Bewertung und Abwägung sei seines Wissens wesentlicher Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens.

Auf dieses Verfahren hofft auch die „Bürgerinitiative Giesen Schacht“, die in einem Interview mit der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung die Vermeidung der Halde als eine ihrer Kernforderungen bekräftigt hat.